



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

EINHEITSWERTE

Erhöhungen von über 10%

Wie passen diese Erhöhungen mit der tatsächlichen Einnahmesituation der Landwirte zusammen? Darauf gibt es eine einfache Antwort: Gar nicht! Hier geht es anscheinend darum, nahestehende Institutionen zu versorgen...

Mehr dazu auf Seite 3



Foto: Flickr, BenJsumami (CC BY-NC 2.0)



TTIP und CETA: Der Gnadenstoß?

FREIHANDEL

Was hat man den Landwirten nicht schon alles versprochen. Eingetroffen ist in vielen Fällen das exakte Gegenteil. Mit TTIP und CETA stehen wir Bauern in direkter Konkurrenz mit US-Agrarfabriken.

Seiten 20-21

ERNTESCHÄDEN

Wetterkapriolen, Hagel- und Frostschäden haben zu ungeheuren Ernteschäden geführt. In Oberösterreich gab es beispielsweise bei Kirschen einen Ernteausfall von 90 Prozent.

Seite 15

BAUERNTAGEBUCH

Viel Arbeit und wenig Brot. Das beschreibt das Leben von uns Bauern in wenigen Worten. Alois Affenzeller hat seinen Unmut über die Agrarpolitik in dieser Ausgabe kundgetan.

Seite 2

LIBERALE MÄRKTE

Was uns als Bereicherung und Wachstumspotential verkauft wurde, entpuppt sich mehr und mehr als Mogelpackung, die viele Bauern in existentielle Nöte gebracht hat - und weiter bringen wird.

Seiten 18-19

Ausgabe 02/16 (23.09.16)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info
P.b.b. - 07Z037583S - Verlagspostamt 4020 Linz

Aktionismus deutscher Bauern gegen Höfesterben

Die Landwirtschaft geht nach Ansicht der deutschen Bauern baden - darauf wiesen sie mit einer Aktion vor der Agrarministerkonferenz in Rostock hin. Bis zum Hals im Wasser stehend forderten sie: „Stoppt das Höfesterben!“ Auch in Deutschland wirkt sich die Milchkrise aus: In den letzten zehn Jahren haben rund 40.000 Milchbetriebe aufgegeben.



Foto: pixabay

Wetterkapriolen führten heuer zu Rekordschäden

Unwetter und Frost haben heuer in der heimischen Landwirtschaft so große Schäden wie noch nie verursacht. Allein in Niederösterreich musste die Hagelversicherung Schäden in der Höhe von 35 Mio. Euro abdecken. Bis Ende August hat die Versicherung in ganz Österreich 270 Mio. Euro ausbezahlt, fast doppelt so viel wie im Rekordjahr 2012.



Foto: pixabay

Die Geschichte der Landwirtschaft ist eine Geschichte ihrer Zerstörung Aus dem Tagebuch eines Bauern

Wir Bauern erleben seit Jahrzehnten, dass wir immer rechtloser werden. Wir bekommen immer weniger Geld für unsere Erzeugnisse und werden immer abhängiger von Subventionen, die uns als Almosen dargeboten werden. Da kaum noch ein Betrieb ohne Ausgleichszahlungen überlebensfähig ist, befinden wir uns im Würgegriff der Politik.

Unsere Eigentums- und Nutzungsrechte an Äckern, Wiesen oder Vieh werden immer weiter eingeschränkt.

Ständig werden wir mit einer

Alois Affenzeller

solchen Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen überrollt, dass schon lange niemand mehr in der Lage ist, die Vorschriften auch nur ansatzweise zu kennen.

Fachfremde Beamte, meist ohne jegliche praktische Erfahrung werden losgeschickt, um uns zu kontrollieren, wie man Tiere hält und wie man unser Land bewirtschaftet. Wer sich dagegen wehrt, wird zum Menschen zweiter Klasse. Wer glaubt, alles was wir jetzt erleben, seien nur die Auswüchse der letzten Jahre und nach den nächsten Wahlen würde sich die Politik wieder für uns einsetzen, hat ein kurzes Gedächtnis!

Die Geschichte der Landwirtschaft in den letzten sechzig Jahren ist eine Geschichte der systematischen Zerstörung. Die Lösungen, die der Staat für die Landwirtschaft ausgibt, wechseln zwar alle paar Jahre, das Ergebnis bleibt aber immer daselbe - ruinierte Betriebe!

Ewiges Wachstum?

Man predigte uns, „Wachsen oder Weichen“. Nun sind viele der Betriebe kaputt, dem Rest, der übrig geblieben ist, müsste

es prächtig gehen, wenn man der ÖVP nur glauben könnte. Die Realität ist allerdings eine

andere! Wir haben alles gemacht, was dieser Staat und seine Beamten von uns verlangten: Wir arbeiten deutlich länger und härter als andere Berufsgruppen und haben uns oft hoch verschuldet, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Trotzdem stehen viele mit dem Rücken an der Wand!

Wir sind den Forderungen der Politik nachgekommen und haben in größere Einheiten investiert. Wir füttern dort 200 Schweine, wo unsere Väter noch zwanzig Schweine hielten, weil man dies von uns verlangte. Wir halten dort 100 Kühe, wo man früher zwanzig Kühe hielt. Haben wir deswegen heute mehr Geld? Nein, für unsere Produkte bekommen wir heute weniger Geld als vor sechzig Jahren und diejenigen, die das Kilo Fleisch für drei Euro haben wollen, werfen uns vor, dass wir Massentierhalter seien, welche die Tiere aus Selbstsucht quälen und die Umwelt verseuchen. Neben der wirtschaftlichen Drangsalierung hat sich seit dem EU-Beitritt die Staatsbürokratie zur schärfsten Waffe gegen die Landwirtschaft entwickelt: Gesetze, Verordnungen und Erlasse werden wie am Fließband produziert. Im Grunde leben wir längst

in einer Verordnungsanarchie. Niemand weiß mehr, was noch erlaubt ist und was nicht. Es geht soweit, dass sich Beamte weigern, verbindliche Rechts-

Keine Rechtssicherheit

auskünfte zu erteilen, weil sie nicht mehr wissen, welche Bestimmung gerade gültig ist. Wir aber machen unsere tägliche Arbeit und hoffen darauf, nicht aus Unwissenheit heraus gegen irgendeine unsinnige Regel zu verstoßen. Innerhalb der Landwirtschaft gibt es kein einheitliches Rechtssystem, welches uns Chancengleichheit geben würde. Wir leben zwar in einem vereinigten Europa, das vom Mittelmeer bis zum Eismeer reicht, und der größte Binnenmarkt der Welt ist. Man hat uns mit dem Versprechen gelockt, dass überall in Europa die gleichen Bestimmungen gelten würden, der Milchbauer in den anderen Ländern, die gleichen Vorschriften einzuhalten hätte wie der Milchbauer in Österreich. Aber wir wissen alle,

dass dies nicht so ist! Familien zerbrechen unter dem Druck, den der Staat durch seine Politik ausübt. Aber es gibt Bauern, die erkennen, dass es so nicht weitergehen kann. Sie erkennen ebenso, dass es schon lange nicht mehr darauf ankommt, hunderte Kilo an Getreide mehr zu ernten oder ob das Schwein einen Tag früher schlachtreif ist oder wie die Kuh noch mehr Milch gibt. Der Mehrertrag geht ohnehin durch einen schlechteren Preis verloren.

Jetzt umdenken

Wir müssen beginnen umzudenken und anders zu wählen. Wir können wählen zwischen der modernen Leibeigenschaft, in der wir zurzeit leben, oder wir können den politischen Kampf um unsere Freiheit und Gleichberechtigung wählen. Eine andere Wahl haben wir nicht! Wenn wir dies erkennen, wenn wir den Kampf nicht scheuen, dann gibt es vielleicht irgendwann wieder freie Bauern in Österreich.



Foto: Affenzeller



Zunehmende Bodenverdichtung lässt viele französische Weinbauern umdenken

Französische Winzer wollen wieder vermehrt Pferde statt Traktoren beim Weinbau einsetzen. Grund dafür sei die teilweise dramatische Verschlechterung der Böden in den letzten Jahren durch die zunehmende Bodenverdichtung. Daher wechseln die Winzer zu den Methoden, die ihre Vorgänger jahrhundertlang angewandt haben, bevor die Pferde von Traktoren verdrängt wurden. In Österreich beschäftigt sich die Interessensgemeinschaft Pferdekraft mit dem Einsatz von Pferden in der Land- und Forstwirtschaft. (www.pferdekraft.at)

Foto: pixabay



Foto: pixabay

Viel Arbeit aber wenig Brot:

Unsere Landwirte werden trotz Arbeit immer ärmer

Die Einkünfte in der Land- und Forstwirtschaft fielen auch im Jahr 2015 wieder dramatisch. Im Vergleich zum Vorjahr sank das Einkommen um 17 Prozent. Das ist bereits das vierte Minus in Folge. Durchschnittlich betragen die Einkünfte nur mehr 19.478 Euro pro Betrieb, wie die Vorarbeiten zum Grünen Bericht 2016 belegen.

Extreme Wetterereignisse, niedrige Erzeugerpreise und generell höhere Kosten für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind demnach vor allem ausschlaggebend für diese unheilvolle Entwicklung. Auch die neue Einheitswertberechnung verschärft die Lage für Bauern und Waldbesitzer. Bundesminister An-

drä Rupprechter (Bild) hat außer warmen Worten keine Lösungskonzepte für die bedrängten Bauern. Er empfiehlt „zusammenzurücken und auf unsere Stärken“ zu bauen. Worte helfen den Bauern aber nichts!

Es gilt jetzt, rasche und unbürokratische und vor allem nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um den Bauern zu helfen: Frost- und Hagelschäden müssen reguliert, das Programm Ländliche Entwicklung muss weiterentwickelt und Verbesserungen bei Investitionsmaßnahmen müssen umgesetzt werden.

Auch die Exportinitiativen für österreichische Produkte müs-

sen verstärkt werden, um den Absatzmarkt für heimische Erzeugnisse am Weltmarkt zu vergrößern. Die Russland-Sanktionen sind ebenfalls ein großer Hemmschuh für die heimische Landwirtschaft. Österreich als neutralem Land steht eine Beteiligung an diesen Sanktionen – abgesehen vom wirtschaftlichen

Schaden - nicht gut zu Gesicht.

Alles in allem bedarf es nun einer gemeinsamen Anstrengung aller verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, damit das Bauernsterben aufgehalten wird.



Foto: Tjmen Schuil - Lebensministerium.at

Wir Bauern

So nicht!

Anscheinend sind jetzt doch bereits mehr als zwei Drittel der neuen Einheitswertbescheide an die Bauern zugestellt worden. In den überwiegenden Rückmeldungen dazu, ist die Rede von Erhöhungen deutlich über zehn Prozent.

„Wie passt das mit unserer tatsächlichen Einkommensentwicklung zusammen?“, fragen sich die Betroffenen zurecht. Uns steht jetzt das fünfte Jahr in Folge mit einem Minus vor dem Einkommen im Vergleich zum Vorjahr bevor und zwar ganz offiziell im Grünen Bericht erstellt und noch deutlicher von der Statistik Austria, nämlich rich-

Franz Graf

tigerweise ohne Sozialversicherungsbeiträge gerechnet.

Dabei müsste der Einheitswert den 18-fachen Reinertrag, auf Fremdlöhnebasis, eines Betriebes abbilden und zwar halbwegs aktuell - so auch die Kritik des Verwaltungsgerichtshofes. Nur die dafür verantwortlichen Politiker scheren sich keinen Deut um Recht und Gesetz, Hauptsache die Einnahmen für die ihnen nahestehenden Institutionen und Verbände, insbesondere die Sozialversicherung der Bauern, die Landwirtschaftskammer, die Gemeinden und natürlich das Finanzamt kommen auf ihre Rechnung.

Das Argument, dass jeder Bauer optieren könne, ist schlichtweg realitätsfern. Das würde erstens nichts an der Ungesetzlichkeit ändern und ist zweitens für viele keine Option in Relation auf ihr Lebensalter und den nicht allzu fernen Pensionsanspruch. Und drittens bleiben noch immer eine Menge ertragsunabhängiger Abgaben, die sich aus dem Einheitswert errechnen und dadurch schlichtweg überhöht sind.

66 Prozent der Österreicher wollen Burkaverbot

41 Prozent der Österreicher haben sich in einer ATV-Umfrage für ein „unbedingtes“ Verbot der radikal-muslimischen Burka-Vollverschleierung in ihrem Land ausgesprochen. 25 Prozent tendieren eindeutig dazu. Klaren Widerspruch gab es dagegen häufig bei Wählern des Ex-Grünen-Chefs Alexander Van der Bellen.



Foto: pixabay

Mjam: Steirischer Herbst mit Schmankerln begeistert Linz

Vom 8. bis 10. September war die Steiermark wieder in der Linzer Innenstadt zu Besuch. Rund 350 Steirer, darunter viele Bauern, Touristiker, Musiker und Handwerker, verzauberten tausende Passanten mit ihren Produkten und Darbietungen. Insgesamt nahmen 65 Partner des Organizers „Steiermark Tourismus“ teil.



Foto: pixabay

Droht wieder Wahlverschiebung? Chaos um BP-Wahl will nicht abreißen

Die nach massiven Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Wahlkarten verschobene BP-Stichwahl soll jetzt am 4. Dezember stattfinden. Darauf haben sich die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie die Grünen und die Neos geeinigt. „Diese Regierung ist nicht einmal fähig eine ordnungsgemäße, fristgerechte und korrekte Wahl durchzuführen! Österreich wird durch diese Regierung blamiert“, betonte dagegen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Die neuerliche Verschiebung des Wahltermins vom ursprünglich angesetzten 2. Oktober auf den 4. Dezember kam erneut durch Probleme bei den Wahlkarten zustande. Denn bei vielen Umschlägen für die Briefwahl hielt der Kleber nicht. Zähneknirschend kippte ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka deshalb den bisherigen Termin. Hinzu kommt: Am 4. Dezember sollen nun auch Staatsbürger teilnehmen können, die seit dem ersten Wahlgang 16 Jahre alt geworden sind. Während die Regierungsparteien sich mit einer simplen Verschiebung zufriedengeben, übt die FPÖ entschiedene Kritik an der bisherigen Form

der Briefwahl. Diese solle – gemäß ihrem ursprünglichen Zweck – auf die Auslandsösterreicher beschränkt werden. Gesundheitlich eingeschränkte Stimmberechtigte sollten stattdessen mithilfe einer besonders komfortablen „Fliegenden Wahlkommission“ wählen. Während eine Beteiligung der 16-Jährigen im Parlament auf Zuspruch stieß, fand die von den Freiheitlichen vorgeschlagene Reform der Briefwahl keine Berücksichtigung. Hochrangige Juristen befürchten jetzt sogar eine erneute Verschiebung der Verschiebung: Denn das Innenministerium will die Anfertigung der neuen Wahlkarten bei der Österreichischen Staatsdruckerei (OeSD) in Auftrag geben. Doch laut EU-Vorschriften muss dieser Auftrag zuvor innerhalb der gesamten Europäischen Union ausgeschrieben werden – nicht berücksichtigte Druckereien könnten beim Bundesverwaltungsgericht klagen. Bekommen sie Recht, könnte die Republik Österreich nach Auffassung einiger Experten eine hohe Geldstrafe kassieren. Im ungünstigsten Fall müsste sogar der Wahltermin erneut verschoben werden.



Foto: FPÖ



Im Ernstfall könnten Höfe Bei Krise drohen

Das deutsche Agrarministerium will das sogenannte „Zivilschutzgesetz“ nachjustieren: Bauernhöfe könnten damit etwa künftig beschlagnahmt werden. Krieg, totaler Stromausfall im ganzen Land, Pandemie mit tausenden Infizierten, Terror: Das sind die Szenarien, für die die deutsche Bundesregierung einen Notfallplan in der Schublade hat, der aus den 1950er Jahren stammt. Der Bundesrechnungshof hatte vor fünf Jahren angemahnt, die Regeln für den Katastrophenfall gründlich zu

überarbeiten. Einen Zusammenhang mit den jüngsten Anschlägen überall in Europa gebe es laut der deutschen Bundesregierung aber nicht. Das Bundesagrarministerium hat jedenfalls einen Gesetzesentwurf vorgelegt und den Krisenfall definiert: „Eine Versorgungskrise ist ein Szenario, in dem bis zu 80 Millionen Menschen über den freien Markt keinen Zugang zu Lebensmitteln mehr haben und daher hoheitlich versorgt werden müssen.“ Mit anderen Worten: Es gibt im Supermarkt

Foto: pixabay

USA: Lieber in den Knast als zurück zu seiner Frau



Im US-amerikanischen Kansas City hat sich ein 70-Jähriger absichtlich durch die Polizei festnehmen lassen. Nach einem Banküberfall wartete der Pensionist mit den erbeuteten 3.000 Dollar brav auf die Polizei – Festnahme. Vor Gericht betonte er anschließend: „Ich bin lieber im Gefängnis als zu Hause.“

Bild: pixabay

FPÖ-NÖ schlägt eine „Gutmenschen-Steuer“ vor



Angesichts Asyl-Kosten von über 200 Millionen Euro pro Jahr in NÖ haben die Freiheitlichen jetzt eine freiwillige Abgabe für Unterstützer der „Willkommenskultur“ gefordert. Laut einer exemplarischen Rechnung könnten so in einem Jahr bis zu 50 Millionen Euro für „unsere Familien und Kinder“ gesammelt werden.

Foto: Internet



...fe beschlagnamt werden ...nt Enteignung

keine Lebensmittel mehr zu kaufen. Dann müsste die Regierung für die Ernährung der Bevölkerung sorgen. Sofern der Gesetzentwurf abgesegnet wird, könnten die Behörden künftig Bauernhöfe und andere Lebensmittelbetriebe beschlagnahmen. Wirksamstes Mittel zur Vorsorge sei allerdings die „Vorratshaltung durch die Privathaushalte“, heißt es in dem Entwurf. Empfehlungen zur privaten Vorratshaltung sind auch seit langem Teil des Zivilschutzkonzeptes, dessen Neufassung

Bundesinnenminister Thomas de Maiziere kürzlich vorstellte. Überprüft und neu geordnet werden soll auch die staatliche Bevorratung von Lebensmitteln. Bislang gibt es die „Zivile Notfallreserve“. Sie besteht aus Reis, Erbsen, Linsen und Kondensmilch und soll im Krisenfall vor allem in Ballungsräumen eine tägliche Mahlzeit für alle Menschen garantieren. Auch auf EU-Ebene gab es bereits Stimmen, die ein ähnliches Vorgehen im Krisenfall für alle EU-Staaten fordern.

ÖVP räumt in Gerüchteküche auf LH Pühringer bleibt

Die ÖVP hat die Gerüchte um einen Abgang von OÖ-Landeshauptmann Josef Pühringer entkräftet. Vorerst bleibe der 66-Jährige im Amt, hieß es am 11. Oktober auf einer rasch einberufenen Pressekonferenz. Viel Wirbel gab es auch um das begehrte Finanzressort: Dort entscheidet zukünftig LH-Stellvertre-



Foto: Wikimedia, Dein Freund der Baum CC BY-SA 3.0

ter Thomas Stelzer. Er muss sich dort mit seinem Wirtschaftspräsidenten Michael Strugl (ebenfalls ÖVP) abstimmen. Gerüchte, wonach Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner den bereits seit über 20 Jahren als Landeshauptmann regierenden Pühringer beerbe, bestätigte die ÖVP nicht.



Türken und Kurden in OÖ: Heftige Zusammenstöße

In Oberösterreich kam es in den vergangenen Monaten zu einigen gewaltsamen Auseinandersetzungen. Ende Juni prügeln sich am Linzer Hauptplatz Türken und Kurden, Mitte Juli versammelten sich nach dem gescheiterten Putsch gegen Erdogan Türken in Wels. Der traurige Höhepunkt bisher: Am 15. September warfen mutmaßlich zwei polizeibekanntes Kurden, darunter ein 16-jähriger Bäcker-

lehrling sowie ein 21-jähriger Staatenloser, einen Brandsatz in ein Gebäude in Wels, in dem der türkisch-nationalistische Kulturverein „Avrasya“ ansässig ist. „Die Sicherheit unserer Bevölkerung darf durch diese importierten Konflikte nicht gefährdet werden“, betonte Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek (FPÖ). Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) möchte dagegen auf Dialog setzen.

Foto: Fiekk, World Economic Forum (CC BY-NC-SA 2.0)

Faymann hat PR-Agentur für Immobilien gegründet



Foto: Flickr / SPO/Lehmann / (CC BY-SA 2.0)

Mit SPÖ-Genosse Matthias Euler-Rolle hat Ex-Kanzler Werner Faymann zum 1.9. ein Unternehmen eintragen lassen. Dieses soll die Entwicklung von Immobilienprojekten und zugehörige PR anbieten. Kritiker werfen Faymann vor, bereits während seiner Zeit als Wiener Wohnbaustadtrat Miss- und Vetternwirtschaft geduldet zu haben.

Horror-Clowns wollten Kinder in Wald locken



Foto: pixabay

In der Umgebung der US-amerikanischen Kleinstadt Greenville (South Carolina) wurden Anfang September mysteriöse Clowns gesehen. Diese sollen versucht haben, Kinder mit Süßigkeiten anzulocken. Unter Umständen könnte es sich um einen geschmacklosen PR-Gag für einen Horrorfilm handeln – die Polizei ermittelt.



Messner wettet gegen Gipfelkreuze

Der bekannte Alpinist Reinhold Messner hat mit einem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ irritiert. Als „christliches Symbol“ gehöre das Kreuz nicht auf einen Gipfel, betonte er. Berge seien der Besitz der gesamten Menschheit, nicht einer Weltanschauung. Vandalismus lehne er jedoch ab: Wenige Tage zuvor hatte ein Unbekannter in den Alpen ein Gipfelkreuz brutal zerhackt.

Foto: flickr / Copyright: Das Blaue Sofa / Club Bertelmann / (CC BY 2.0)

Trotz Grabschereien: Caritas lehnt eine Asylwerber-Ausgangssperre ab

Mindestens zwölf Frauen wurden Anfang September auf dem Welser Volksfest Opfer von Grabsch-Attacken durch mutmaßliche Asylwerber aus Afghanistan und dem Irak. Diese hatten es offenbar auf Frauen im Dirndl besonders abgesehen. Sieben ausgeforschte Täter wohnten laut Polizei in örtlichen Asylheimen. Angesichts der explosiven Zunahme sexueller Übergriffe hatte die FPÖ-regierte Stadt Wels eine zeitlich beschränkte Ausgangssperre für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ während des Volksfestes gefordert.

FP-Sicherheitsreferent und Vizebürgermeister Gerhard Kroiß führte dazu umgehend Gespräche mit den Betreibern der Welser Asylunterkünfte und ermahnte sie zur Wahrung ihrer Aufsichtspflicht. „Unter den Tatverdächtigen war ein 15-Jähriger. Der hat um Mitternacht ohnehin nichts mehr auf der Straße zu suchen“, betonte er. Seitens der Caritas, die auch eine der betroffenen Asyl-Wohngemeinschaften betreut, gab es jedoch Widerspruch. Man wolle die Asylwerber nicht einsperren, habe stattdessen „intensive Einzel- und Grup-



Foto: pixabay

pengespräche“ geführt. Zudem sei eine Ausgangssperre rechtlich nicht möglich. Viele Welser Bürger hatten dafür jedoch kein Verständnis und kündigten an, zukünftig der Caritas keine Spenden mehr zu überweisen.

Auf Staatsbesuch mit der Puch-Maxi?

Rund 5.000 Österreicher haben die Auftakt-Wahlveranstaltung der FPÖ beim Welser Volksfest am 10. September besucht. Neben Bundespräsidenten-Kandidat Norbert Hofer schwörten auch FPÖ-Oberösterreich-Chef Manfred Haimbuchner und FP-Bundesobmann Heinz-Christian Strache ihre Anhänger auf den bevorstehenden Wahlkampf ein. Trotz der massiven sexuellen Übergriffe durch mindestens acht Asylwerber auf dem Volksfest ließen sich die Welser ihre Feierlaune nicht nehmen. In seiner Ansprache übte Hofer Kritik an der Asylpolitik: „Die Österreicher haben ein großes Herz und haben

immer geholfen, aber es kann nicht sein, dass die Menschen unkontrolliert Grenzen überqueren. In dem Moment wo die Person vier, fünf andere sichere Staaten durchquert, ist das für mich kein Asylwerber mehr.“

Neben den Kernthemen sprach Hofer auch Privates rund um die Amtsausübung an und gab sich betont volksnah: „Ich möchte auch das Herumschrauben an meiner Puch-Maxi nicht aufgeben, ich möchte meinen Rasen mit dem Rasentraktor weiter selber mähen können und ich werde meinen Pilotenschein wieder aktivieren und werde halt der erste Präsident sein, der selber fliegt.“



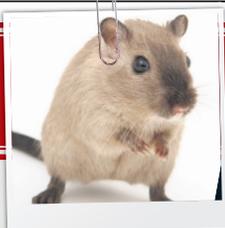
Steyregger Brücke ist früher fertig als erwartet

Bei dieser Nachricht dürften viele Pendler aus dem Mühlviertel aufgetatmet haben: Bereits zwei Monate vor der geplanten Fertigstellung konnte die seit April halbseitig gesperrte Steyregger Brücke saniert werden. Damit ist sie seit Schulbeginn wieder voll befahrbar. „Um die Verkehrssicherheit zu ge-

währleisten und die Brücke erhalten zu können, mussten wir prompt handeln“, betonte Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner (FPÖ). Möglich wurde der Erfolg durch einen Bonus für die Baufirma bei schnellerer Fertigstellung. Die Kosten dafür seien überschaubar gewesen, betonte Steinkellner.

Foto: Wikimedia, Christian Wirth / (CC BY-SA 3.0)

Passagiere stinksauer: Nagetier verhinderte Abflug



Auf einem Flughafen im westafrikanischen Mali hat sich Ende August ein Nagetier in eine Air-France-Maschine eingeschlichen. Erst nach mehreren Stunden konnte das Bordpersonal den blinden Passagier entfernen. Der Flug nach Paris musste verschoben werden. Laut Medienberichten handelte es sich um eine Maus.

Foto: pixabay

Ex-Präsident ruft seine Landsleute zurück



Afghanistans ehemaliger Präsident Hamid Karzai hat junge Afghanen in Deutschland zur Rückkehr in ihre Heimat aufgefordert. Sein Land leide unter der zunehmenden Auswanderung. „Ich weiß, dass wir schwere Zeiten durchmachen, aber die haben andere Länder auch überwunden“, teilte Karzai der Deutschen Presse-Agentur mit.

Foto: Wikimedia, ISAF Headquarters Public Affairs Office from Kabul, Afghanistan CC BY 2.0



Foto: Flickr, Brambitch (CC BY-NC 2.0)

◁ „Hilfsorganisationen“ und die „Grenzschutzagentur“ Frontex lesen zahlreiche seeuntaugliche Boote mitunter wenige Kilometer vor der afrikanischen Küste auf, begleiten diese zur italienischen Küste. An einem Augusttag wurden so über 6.000 illegale Einwanderer nach Europa gebracht.

Schwarz-Blau in OÖ: Jahresbilanz

In den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zog Landeshauptmann-Stellvertreter und FPÖ-OÖ-Chef Manfred Haimbuchner aktuell eine Bilanz nach knapp einem Jahr Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ. So habe die Landesregierung bereits erfolgreich die Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte und „subsidiär Schutzberechtigte“ umsetzen können. Demnach bekommen Asylanten heuer seit Juli 365 Euro sowie einen an Auflagen gebundenen „Integrationsbonus“ von 155 Euro. Zuvor bekamen sie satte 914 Euro – also mehr als viele Österreicher an Mindestpension! Ein weiterer Reform-Meilenstein, die Zusammenlegung der Bezirks-Verwaltungsgemeinschaft Grieskirchen-Eferding, bedeute „700.000 Euro jährliche Ersparnis und 23 Dienstposten weniger bis 2020“, erklärte Haimbuchner. Das eingesparte Geld soll den Oberösterreichern zugutekommen.



Foto: cityfoto

235.000 warten auf Überfahrt nach Italien

Der Ansturm auf die Festung Europa geht munter weiter

Ein Ende der Einwanderungswelle nach Österreich ist – trotz zahlreicher Medienmeldungen über die geschlossene Balkan-Route – bisher nicht in Sicht. In Griechenland ist Ende August die Zahl illegal Einreisender aus der Türkei sprunghaft angestiegen.

An einem Tag hätten sogar 462 Einwanderer über die türkische Küste auf griechische Ägäis-Insel übersetzt, informiert griechische Behörden jetzt. Martin Kobler (Bild), Sondergesandter der „Vereinten Nationen“, verriet der italienischen Zeitung „La Stampa“: „Auf unseren Listen stehen 235.000 Migranten, die auf eine gute Gelegenheit zur Überfahrt nach Italien warten - und sie

werden es tun.“ Auch die Gefahr, dass sich unter den illegal Einreisenden weiterhin islamistische Terroristen befinden, ist nicht gebannt. Laut aktuellen Informationen deutscher Sicherheitskreise sind drei IS-Kämpfer, die jetzt in Norddeutschland



verhaftet werden konnten, auch durch Österreich gereist. Angesichts des Asyl-Notstands und der seitens der Regierung versprochenen Obergrenze von 37.500 Asylwerbern für 2016 mahnte FP-Chef Heinz-Christian Stache: „130.000 illegale Migranten wurden in Österreich im ersten Halbjahr aufgegriffen. Ein lückenloser Grenzschutz ist längst das Gebot der Stunde, selbst wenn die Aufgriffe in den letzten Monaten zurückgegangen sind, in Italien verschärft sich die Situation Tag für Tag und in Afrika stehen zigtausende Migranten bereits in der ‚Abfahrtschale‘ Richtung Europa. Wie lange will die Regierung also noch warten? Es ist bereits fünf nach zwölf!“

Foto: Wikimedia, MONUSCO/Miriam Asmani, CC BY-SA 2.0



EU- Beihilfen nur Tropfen auf den heißen Der Milchpreis setzt Bau

Kurz vor dem Ende der Milchquoten erwarteten Bauernbund und Landwirtschaftskammer keine problematische Entwicklung. „Milchquoten-Aus als Chance für alle österreichischen Milchbauern“, so versuchte der Bauernbund Österreich im März 2015 Werbung für die bevorstehende Situation zu machen.

Ende März 2015 ist das seit mehr als 30 Jahren bestehende Quotensystem bei der Milchanlieferung ausgelaufen. Um die Milchbetriebe darauf vorzubereiten hat unter anderem das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) sehr verspätet ein Sechs-Punkte-Programm mit Zielen und Maßnahmen vorgestellt. Das Ergebnis dieses Programms ist bisher gleich Null. Im vergangenen Jahr fiel der Milchpreis unauffhaltsam von 33,78 Cent (2015) auf 29,70 Cent (Juni 2016). Der geringe Anstieg im Juli um 14 Cent, ließ die AMA dennoch von „Hoffnung“ spre-

chen. Kleinere südliche Länder, mit einem niedrigeren Versorgungsgrad erzielen im Europavergleich höhere Preise, im Gegensatz zu Ländern mit hohem Exportanteil, wie Irland. Laut Statistik Austria beträgt in Österreich der Selbstversorgungsgrad für Rohmilch 160 Prozent. Seit dem EU- Beitritt 1995 hat sich dieser um 60 Prozent erhöht, obwohl in diesem Zeitraum mehr als 50 Prozent der österreichischen Milchproduzenten den Betrieb einstellten. Der Markt ist übersättigt, doch der Export ist im vergangenen Jahr um 18,6 Prozent gesunken und der Import aus den Mitgliedstaaten um 148 Prozent gestiegen (April

2015- April 2016)! Die Importe von Milch und Rahm, aus allen Staaten, sind im vergangenen Jahr (April 2015 bis April 2016) ebenfalls um 71 Prozent gestiegen.

25 Cent je Liter

Der Selbstversorgungsgrad in der EU liegt bei 115 Prozent. Es liegt nahe, die Überschüsse zu exportieren. Doch europäische Bauern können nur deshalb auf dem Weltmarkt mitmischen, weil sie mittels Direktzahlungen der EU subventioniert werden. In Österreich kann ein Betrieb ab 35 Cent kostendeckend wirtschaften, doch dabei ist die Arbeitszeit noch nicht einkalkuliert. Der Weltmarktpreis hat sich auf mittlerweile dürftige 25 Cent je Liter angenähert. Zu wenig für die meisten Bauern in Europa, aber ein gutes Geschäft für

Milcherzeuger aus Neuseeland. Das dortige Klima ermöglicht den Verzicht auf teure Stallbauten. Neuseeland kann aufgrund der dortigen Bedingungen vorübergehend auch mit 15 Cent pro Liter leben, ähnlich wie in den USA, die auf wesentlich größeren, kosteneffizienteren Höfen wirtschaften.

Exporte nach Afrika

Große Auswirkungen der europäischen Exportpolitik spüren vor allem die Kleinbauern Afrikas. Dorthin fließt das hier nicht absetzbare Milchpulver, zum Nachteil der afrikanischen Landwirte, die mit ihren Produkten das Nachsehen haben. In einem Bericht der Organisation „Germanwatch“ wird erklärt, weshalb die deutschen Molke-reien Millionen in die Erzeugung von Magermilchpulver



Foto: Flickr, Teemu Mäntynen (CC BY-SA 2.0)

◁ Bereits im Oktober 2009 protestierten Landwirte aus Österreich, Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien und anderen europäischen Staaten gegen die europäische Agrarpolitik...

...die Abschaffung der Quotenregelung, vor allem jene der Milch führte zu einem massiven Preisverfall. Die Bauern wollen diese bewusste Gefährdung ihrer Betriebe nicht weiter schweigend hinnehmen ▷



Foto: Flickr, João Francisco Moura (Mourignac) (CC BY-NC 2.0)

Foto: Flickr, Teemu Mäntynen (CC BY-SA 2.0)



Der Protest fand unmittelbar vor dem EU-Parlament in Brüssel statt. ▷

Stein - Politik muss dringend umdenken Bauern weiter unter Druck

stecken: Sie folgen der „Strategie, Exportmärkte vor allem für standardisierte Massenprodukte zu erobern“.

Engpass in Russland

Russland meldet hingegen Engpässe bei Milch. Milch ist wegen der EU-Sanktionen Mangelware im Land. „Es gibt ein Milch-Defizit“, sagt Wadim Semikin vom Institut für Marktstudien in Moskau. Auch die russischen Behörden haben schon im April eingeräumt, dass es immer mehr „gefälschten Käse“ bzw. „Käse mit zweifelhafter Qualität“ gibt. „Die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland ist unbedingt notwendig, um die Milch-Menge auf dem europäischen Markt in den Griff zu bekommen“, so

der Bereichssprecher für Land- und Forstwirtschaft der FPÖ, Harald Jannach. Nur so könne man einen fairen Preis für faire Arbeit sicherstellen.

Am 12. Juli wurde im Ministerrat ein Entlastungspaket im Ausmaß von knapp 170 Mio. Euro für Österreichs Bauern beschlossen. Die Entlastung erfolgt für Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe durch das Aussetzen des Sozialversicherungsbeitrages für ein Quartal

Nur mit einer Rückkehr zur Milchquote können wir die Bauern stärken

LKR Ing. Franz Graf

im Jahr 2016. Ein durchschnittlicher Betrieb erspart sich damit lediglich 1.500 bis 2.000 Euro jährlich. Hinzu kommt, dass der Beitrag voraussichtlich zurückbezahlt werden soll. Nach

Veränderung der Marktlage, spätestens mit 1. Jänner 2019, wird die Versicherungsgemeinschaft die Wiederauffüllung der Rücklagen vornehmen, so wurde es im Ministerrat beschlossen.

Die Weltmarktfalle

Landwirtschaftsminister André Rupprechter bestätigt, dass zur Wiederauffüllung der Rücklagen mehrere Varianten denkbar sind. Die Details dazu würden

im Herbst mit dem Koalitionspartner diskutiert werden. Eine Moggelpackung vorübergehend um die Bauern zu beruhigen?

Eine weitere Maßnahme, die sogenannte Milchreduktionsbeihilfe, soll nun als freiwilliges Marktsteuerungsinstrument die

Grundlage für bessere Milchpreise schaffen. Ende August hat die Europäische Kommission die genauen Details zum 500 Mio. Euro-Hilfspaket finalisiert. Die Kernelemente dieses Pakets sind die finanzielle Unterstützung mit 150 Mio. Euro zur freiwilligen Verringerung der EU-Milchproduktion sowie Mittel für die Mitgliedstaaten in einer Höhe von insgesamt 350 Mio. Euro. Im Endeffekt entfallen auf jeden österreichischen Milchviehbetrieb nur 343 €. „Das Paket zur Verringerung der Milchproduktion ist eine europäische Antwort auf ein EU-Marktproblem.“

Nur eine Abkehr von Überschuss- und Exportorientierung hin zur Regionalisierung, das wird die Land- und Milchwirtschaft in Österreich stärken. Mit den Weltmarktpreisen können wir nicht konkurrieren.

Starker Anstieg bei Feuerwehreinsätzen

Bis Ende August leisteten unsere Feuerwehren 540.000 Einsatzstunden. Das sind um 35.000 Stunden mehr als im gesamten Jahr 2015, wie aus der Statistik des Landesfeuerwehrkommandos hervorgeht. Grund dafür sind vor allem die teils extremen Wetterkapriolen in diesem Jahr.



Foto: pixabay

Ärzte retten Hand nach Kreissägenunfall

Sieben Stunden dauerte es, bis die Unfallchirurgen der Linzer Uni-Klinik die zerfetzte Hand des Mühlviertlers Friedrich W. wieder zusammengesetzt hatten. Den kleinen Finger konnten die Ärzte zwar nicht retten, doch der Heilungsprozess verläuft gut. Der Patient kann seine Finger bereits wieder bewegen.



Foto: pixabay

LR Podgorschek stellt „HYDRO NEU“ vor Hochwasserdaten nun online

Moderner, übersichtlicher und mit hoher Datensicherheit präsentiert sich der Hydrographische Dienst des Landes Oberösterreich zukünftig im Internet. Unter <http://m.hydro.ooe.gv.at> sind Hochwasserdaten jetzt jederzeit abrufbar.

Landesrat Elmar Podgorschek hat im April 2016 die neue Hochwasserinformationsplattform für Oberösterreich gestartet. Das nach dem Hochwasser 2002 adaptierte Warnsystem wurde nunmehr nach dem vergangenen Hochwasser 2013 erheblich verbessert und insbesondere die Informationen für

die Öffentlichkeit erweitert. Das Informationsangebot zu aktuellen Wasserständen und Prognosen, Niederschlägen, Übersichtskarten, Einzugsgebieten und Messstellen wurde deutlich erweitert. 1.500 Messstellen in ganz Oberösterreich liefern die benötigten Daten. Abrufbar sind diese zu jeder Zeit, als Desktopversion und jetzt auch optimiert für mobile Endgeräte (Smartphone, Tablet etc.). Neben technischem Hoch-



Foto: Land OO

wasserschutz ist ein gutes Vorhersage- und Warnsystem ein elementarer Bestandteil der Vorsorge. Rechtzeitige Warnungen schaffen Zeit, um sich auf das Ereignis vorzubereiten. Auf diese Weise können gezielte Maßnahmen geplant und ergriffen werden, um Gefahren für Leib und Leben, Sachschäden und nachteilige Folgen für die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten zu verringern bzw. abzuwenden.

Die Forstwege sind keine Freizeitanlagen für Radler

Mitte 2015 forderte eine lose Allianz aus Naturfreunden, Alpenverein, Grünen und privaten Initiativen die komplette Öffnung aller Forstwege für Radfahrer. Zunächst wurde von Seiten der Waldbesitzer, der Forstwirtschaft und der Jäger mit einer Unterschriftenaktion dagegen vorgegangen. Nun meldeten auch die Landwirtschaftskammer, der Forstverein und andere Interessenvertretungen ihre Bedenken an. Ob Durchforstungen, Holzernete, das Setzen von Pflanzen, der Schutz vor Naturgefahren, der Jagdbetrieb oder der Bau von Forststraßen, täglich sind Tausende Menschen damit beschäftigt, diese Aufgaben zu

erledigen. „Die Arbeiter im Wald müssen auf ihre eigene Sicherheit achten und einen Gehörschutz tragen, der aber dazu führt, dass sie Hintergrund- und Nebengeräusche und daher auch mögliche Rufe schlecht hören“, meint Felix Montecuccoli, Präsident der Land- und Forstbetriebe Österreichs in einer Presseaussendung. Bei einer undifferenzierten Öffnung der Forststraßen für weitere Nutzergruppen würde sich das ohnehin schon vorhandene Gefahrenpotenzial noch deutlich vergrößern. Für die Landwirtschaftskammer geht die Forderung nach einer generellen Öffnung aller Forststraßen völlig am Bedarf vorbei. Denn sportbegeister-

te Mountainbiker würden gar nicht auf Schotterstraßen, sondern querfeldein durch den Wald fahren wollen. Dagegen würden sich nicht nur die Waldbesitzer, sondern auch Wanderer und Wildtier-Experten aussprechen.

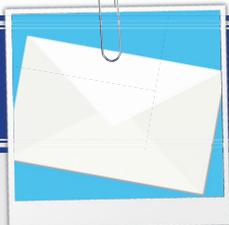


Foto: pixabay

Heftige Kritik Bauern

In Wels trafen sich die Funktionäre und Mitglieder der Freiheitlichen Bauernschaft um ihren Landestag abzuhalten. Zentrale Themen waren Preisverfall, Freihandelsabkommen und Bauernsterben. Im Welios, unmittelbar neben dem Welser Volksfest, versammelten sich am Samstag, den 10. September die Delegierten zum Landesagrartag, um ihren Obmann, LAbg. LKR Ing. Franz Graf einstimmig - und in geheimer Wahl - zu bestätigen. Zu seinen Stell-

Unter Druck: Wahlkarten- Debakel in Vöcklabruck



Die Probleme rund um die fehlerhaften Wahlkarten bei der Präsidentenwahl könnten den Hersteller, eine Druckerei in Vöcklabruck, in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Es geht schließlich nicht nur um den Verlust eines Großauftrags, sondern auch um Schadenersatzzahlungen.

Foto: pixabay

Pfarrer bekommt zwei Jahre auf Bewährung



Aus „Hilfsbereitschaft“ hat Pfarrer Karl Burgstaller voriges Jahr Flüchtlinge über die Grenze nach „Germany“ gefahren, doch an der Marienbrücke (Passau) wurde er von der Polizei in Gewahrsam genommen. Nun wurde dem Pfarrer ein rechtskräftiger Strafbefehl zugestellt.

Foto: Wikimedia, Aconagua CC BY-SA 3.0



Kritik an EU-Agrarpolitik

Bestand wird vernichtet

vertretern wurden die beiden Landwirtschaftskammerräte Alois Ganglmayr (GR) und Alois Affenzeller (FR) gewählt.

Dem Leitantrag „Freie Bauern, starkes Land“ (siehe Box rechts) stimmten die Delegierten mit 100 Prozent zu. In seiner Rede warnte Graf eindringlich vor den Gefahren von TTIP und CETA für die heimische Landwirtschaft.

„Diese Abkommen stellen eine massive Gefahr für die heimische Landwirtschaft

dar und würden das europäische Scheunentor für eine Flut von minderwertiger Industrienahrung weit öffnen“, mahnt Graf.

Eine verantwortungsvolle EU-Politik schaut auf krisensichere Eigenversorgung mit Lebensmitteln, die diesen Namen auch verdienen und nicht darauf, dass Eiweißimporte aus Übersee unsere Märkte aus dem Gleichgewicht bringen. „Nur so wäre für unsere Konsumenten und Bauern die europäische Politik glaubwürdig und hilf-

reich“, übt Graf Kritik an der europäischen Agrarpolitik. Die vor einigen Monaten getätigten Aussagen der Herrn Auer und Reisecker: „Wir Bauern stehen hinter TTIP“, wurden aufgrund des wachsenden öffentlichen Widerstandes jetzt von beiden revidiert. Dieses Zurückrudern des Bauernbundes ist nicht glaubwürdig. „Wir Freiheitliche sagen NEIN zu TTIP zum Schutz unserer Landwirte und der Menschen in unserem Land“, so Graf abschließend.

FB-OÖ: Unsere Bauern stärken



Foto: ideenreich-medien

Foto: ideenreich-medien

Unsere Landwirtschaft steht mit ihren Strukturen für das Erzeugen gesunder Lebensmittel mit besten ökologischen und tiergerechten Standards und pflegt aktiv unsere einzigartige Kulturlandschaft.

Eine gesicherte Versorgung mit Lebensmitteln und die flächendeckende Landbewirtschaftung und -pflege sind in letzter Zeit in Frage gestellt. Die negative Einkommensentwicklung der letzten fünf Jahre auf unseren Höfen muss gestoppt werden, denn nur mit kostendeckenden Preisen ist eine Trendumkehr zu schaffen und die Zukunft für unsere Landwirte zu sichern.

Die nötigen Rahmenbedingungen dazu sind in erster Linie eine bedarfsorientierte Produktion von Milch und Fleisch mit laufend anzupassenden Produktionskontingenten. Auch eine Abschöpfung mittels Strafzöllen und Einfuhrbeschränkungen auf Agrarimporte mit schlechten ökologischen Standards, wie etwa Hormonfleisch, GVO-Produktionen und Palmöl sind zu fordern.

Unsere Bauern brauchen vernünftige politische Rahmenbedingungen um auch weiterhin beste hochwertige Lebensmittel und eine lebenswerte Umwelt in unserem Heimatland zur Verfügung stellen zu können.



Wir Bäuerinnen

Familienbetriebe erhalten

Eines der wichtigsten Themen momentan ist, die Rahmenbedingungen EU-weit so zu gestalten, um unsere Familienbetriebe, auf denen meist generationsübergreifend gearbeitet wird, zu erhalten.

Klein- und Mittelbetriebe erhalten unser Land. Des- to kleinstrukturierter die Landwirtschaft in Österreich ist, umso sicherer sind die Arbeitsplätze unserer Kinder.

Das schönste ist es jedoch, unsere Kinder aufwachsen zu sehen. In der Landwirtschaft haben sie noch die

Helga Maislinger

Möglichkeit, ihre Fertigkeiten in der Natur zu erlernen und den Kreislauf des Lebens hautnah mitzuerleben. Speziell für uns Frauen stellt dieser Beruf oft eine Doppelbelastung dar. In Familienbetrieben und bäuerlichen Großfamilien können sich Frauen in der Kinderbetreuungszeit nach der Geburt nicht allein dem Kind widmen, sie sind am Betrieb fix eingebunden. Das System der Pensionsanrechnungszeit, bei dem nicht jedes einzelne Kind gerechnet wird, sondern der Zeitraum der Betreuung vom ersten bis zum nächsten Kind, kommt diesen Familien nicht entgegen.

Familienbetriebe erhalten Traditionen und die Kultur unserer Heimat, auch wenn es keinen finanziellen Mehrwert bringt. Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wenn sich Bauernhöfe in Zukunft zu Großkonzernen entwickeln sollten, bei denen es Geschäftsführer und Ein-Euro-Arbeiter gibt, bedeutet das einen Verlust von Tradition und Kultur.



Aufatmen in der Forstwirtschaft: Befürchtete Borkenkäfer-Katastrophe blieb aus

Der trockene Sommer 2015 ließ für die Forstwirtschaft das Schlimmste befürchten: Der Borkenkäfer zusammen mit einzelnen Sturmereignissen, sowie Schneebruch und Eisanhang Ende des Winters sorgten für große Schadholzmengen. Allein in Oberösterreich fiel eine Schadholzmenge von 350.000 Festmetern bei einer Gesamteinschlagsmenge von drei Millionen Festmetern an. Im laufenden Jahr blieb die befürchtete Borkenkäfer-Massenvermehrung durch den relativ kühlen Sommer, aber auch durch die konsequente Waldhygiene bisher aus.

BR Raml will rückkehrwillige Zuwanderer unterstützen

Rückkehrberatung gefordert

In einer vor kurzem von der „Union Europäisch-Türkischer Demokraten“ durchgeführten Umfrage äußerten 90 Prozent der in Österreich lebenden Türken, das sie lieber in ihrer türkischen Heimat leben würden. Mehr als die Hälfte der Befragten würden Österreich – sobald möglich – sogar verlassen.

„Das Innenministerium soll österreichweit Beratungsstellen für rückkehrwillige Zuwanderer einrichten“, erklärte anlässlich der brisanten Erhebung FPÖ-Bundesrat Michael Raml. Er betonte: „Vor allem in Wien wird angesichts des

hohen Ausländeranteils wohl besonderer Bedarf herrschen. Hier finden sich bestimmt kompetente Berater und ein leerstehendes Büro im Eigentum des Bundes.“ Rund 40 Prozent der Türken würden gegen Geldleistungen von 10.000 bis 100.000 Euro Österreich verlassen. Diese Forderung lehnt Raml ab: „Viele dieser Menschen haben lange von unserem ausgezeichneten Sozi-

al- und Gesundheitssystem profitiert und dem Staat viel gekostet.“ In Linz brachte die FPÖ den Vorschlag einer professionellen Rückreiseberatung bereits als Anregung in den Gemeinderat ein. Das Thema gewinnt stetig an Brisanz: Heuer bekamen bereits über 13.000 Asylwerber negative Asylbescheide zugestellt – diese müssten Österreich eigentlich verlassen.



Foto: FPÖ

Hochwasserschutz: Bund muss in Pflicht genommen werden

„Die in diesem Sommer fast wöchentlich auftretenden Unwetterkatastrophen und die damit verbundenen enormen Schäden für unsere Bevölkerung zeigen uns klar und deutlich, dass die Bundesregierung ihre Förderrichtlinien für den Hochwasserschutz sofort wieder ändern und zusätzliche Mittel bereitstellen muss“, fordert Landesrat Elmar Podgorschek in Bezug auf die ab dem Jahr 2016 gestrichene Förderung des Bundes zum Schutz vor Hangwässern.

Der freiheitliche Landesrat erklärte, dass die Förderrichtlinien für Hochwasserschutzprojekte vom Bund geändert wurden. Nun fördere der Bund nur noch klassische Hochwas-

serschutzprojekte. „Das heißt, dass die Länder etwa für Hangwasserschutzprojekte vom Bund keine Förderungen mehr erhalten. Auch fertig geplante Schutzprojekte können da-

durch mangels Bundesförderung nicht umgesetzt werden. Die Leidtragenden dieser Änderungen sind unsere Bürger. Das können wir nicht akzeptieren“, betont Podgorschek.



Foto: pixabay

Hier lernt euer Besen fliegen: Der Hexenmarkt in Auberg



9. Oktober in Auberg (RO): Rund 80 Aussteller gibt es beim Hexenmarkt. Hier dreht sich alles um Kunsthandwerk, Naturprodukte und Kräuter, schließlich waren die Hexen kräuterkundige Frauen. Für die passende Musik sorgt die Gruppe Rhiannon. Mehr Infos finden Sie auf www.hexenmarkt.at

Foto: pixabay

Kunsthandwerk erleben in Steinerkirchen



5. November in Steinerkirchen (WL): Er zählt zu den größten Kunsthandwerksmärkten in ganz Österreich - der Martinimarkt in Steinerkirchen. 130 Aussteller, regionale Schmankerl, Musik und Handwerksvorführungen begeistern nun zum 36. Mal die Besucher. Mehr dazu unter www.martinimarkt.at

Foto: martinimarkt.at



Foto: pixabay

◁ *Selbstgemacht schmeckt's einfach am Besten: Frische Bauernkrapfen mit einem Klecks Marillenmarmelade in der Mitte erfreuen die ganze Familie.*

Bauernkrapfen --Rezept--

Zutaten:

- 1 kg Mehl (500 g glatt, 500 g griffig)
- 1 Packerl Germ
- 1/16 Liter Öl
- 6 dag Zucker
- 1 ganzes Ei, 3 Eidotter
- 1 Teelöffel Salz
- 1/16 Liter Rum oder Schnaps
- 3/4 Liter Milch

Zubereitung:

Aus 1/16 Liter lauwarmer Milch, Germ, Prise Zucker und etwas Mehl das Dampfl ansetzen und aufgehen lassen. Restliche warme Milch, Zucker, Salz, Öl, Rum, Eier, Dampfl und Mehl zu einem weichen, seidig glänzenden Teig verarbeiten, bis er Blasen wirft. Den Teig aufgehen lassen, bis sich die Größe verdoppelt hat. Dann mit einem großen Löffel Stücke ausstechen, mit der Hand auf einem bemehlten Brett Laibchen formen, mit einem Tuch zudecken und nochmals gehen lassen. Die kleinen Teiglinge gleichmäßig von der Mitte her auseinander ziehen, sodass am Rand ein dickerer Wulst und innen eine dünne Fläche entsteht. Beidseitig in heißem Fett schwimmend goldgelb ausbacken.

Eine der beliebtesten Mehlspeisen am Land Schmalznudel, Fensterkiachle oder einfach Bauernkrapfen

In der Vergangenheit wurden Bauernkrapfen vor allem in der Erntezeit oder an besonderen Festtagen serviert. In der deutschen und österreichischen Küche ist der Krapfen ein Klassiker, wenn auch die Form und Ausarbeitung von Region zu Region variiert. Im Bayerischen kennt man ihn unter „Auszogne“ oder „Schmalznudel“, im Schwäbischen als „Fensterkiachle“, in Tirol als „Kiachl“ und in Oberfranken als „Streubla“. Sie können mit Rosinen verfeinert, mit Zucker bestreut oder mit frischer Marillenmarmelade serviert werden. Mit Preiselbeermarmelade oder mit Sauerkraut isst man ihn in Tirol. In Oberösterreich war es ein regionsabhängiger

Brauch den ersten, ungeformten, noch ungebakenen Krapfen oder den fertig gebackenen Krapfen, für die Armen Seelen ins Herdfeuer zu werfen. In Vöcklabruck schloss man aus der Beschaffenheit des Krapfen-

fettes auf das Wetter für das kommende Jahr. War das Fett nach dem Erkalten glatt, sagte man schöne und günstige Wetterbedingungen voraus, während eine gewellte Oberfläche auf häufige Hagelschauer hindeutete.



Foto: pixabay

Erdäpfel: Gute Ernte und Qualität aber niedriger Preis



Obwohl die Feuchtigkeit heuer Probleme bereitete, können die heimischen Erdäpfelbauern dennoch qualitativ und mengenmäßig gute Erträge erzielen. Die Preise bei Speiseerdäpfeln lassen aber Wünsche offen. Sie liegen weit unter den Preisen der Nachbarländer, gab die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau bekannt.

Foto: pixabay

Toller Erfolg: Erster innviertler Agrartag



Unter dem Titel „Professionalität – Regionalität“ fand kürzlich in Geinberg der erste Innviertler Agrartag statt. Der gemeinsame Auftritt von Saatbau Linz, Innviertler Lagerhaus sowie Schärdinger als Organisatoren soll 2017 wiederholt werden. Neben Agrartechnik und Pflanzenbau stand die Beratung im Mittelpunkt.

Foto: pixabay

Ein Thema das polarisiert und mittlerweile zu einem besonderen Polit

Glyphosat - ein Mittel im Zw



Foto: pixabay

Die Fronten zum Thema Glyphosat sind verhärtet. Schwarz-weiß-Denken bringt in dieser Thematik jedoch nicht weiter. Die Wahrheit wird, wie meist überall, in der Mitte liegen. Die Menge macht bekanntlich den Stoff zum Gift. Welche Folgen hätte ein Totalverbot in Österreich oder der EU, wenn es in anderen Ländern weiterhin eingesetzt würde?

Die Europäische Kommission hat am 29. Juni, in quasi letzter Sekunde, eine zeitlich begrenzte Wieder-Verlängerung des Wirkstoffes Glyphosat, für 18 Monate, beschlossen. Am 30. Juni wäre die Zulassung für Glyphosat ausgelaufen. Vom ursprünglichen Plan, Glyphosat für weitere 15 Jahre zuzulassen, musste die Kommission Abstand nehmen.

Monsanto

Im Mai 1970 synthetisierte Monsanto erstmals die Verbindung und ließ Glyphosat 1971 als Herbizid patentieren. Monsanto's Patente auf Glyphosat

sind in den meisten Staaten mittlerweile abgelaufen. Glyphosat wird besonders intensiv bei glyphosatresistenten Pflanzen, RoundupReady (RR)-Pflanzen,

Resistenzen

eingesetzt, denen gentechnisch eine Resistenz gegen das Totalherbizid übertragen wurde. Über 85 Prozent der weltweit angebauten Gentech-Pflanzen tragen eine Herbizidresistenz, zumeist gegen Glyphosat. Laut dem Internationalen Service für die Verbreitung der Agro-Gentechnik (ISAAA) wird RR-Soja inzwischen auf 90 Millionen Hektar in Nord- und Südame-

rika angebaut. Vor allem als Futtermittel werden diese in großen Mengen nach Europa importiert.

Sikkation

In einigen Ländern werden glyphosathaltige Herbizide auch kurz vor der Ernte eingesetzt. Bei diesem Verfahren kann es nicht ausgeschlossen werden, dass Rückstände im Erntegut verbleiben. Österreich hat 2013 den Einsatz zur Sikkation (Beschleunigung der Abreife) untersagt. In unserem Land gehörte diese Art der Anwendung jedoch nie zur gängigen Praxis, im Gegensatz zu anderen Ländern wie Deutschland und Großbritannien. Deutschland schränkte die Sikkation im Mai 2014 ein. In Österreich verwenden Landwirte glyphosathaltige Herbizide um auf das Pflügen verzichten zu können. Die Mulch- und Di-

rektsaat sind besonders bodenschonend, da der Boden vor Erosion geschützt bleibt. Glyphosat ist deshalb auch als fester Bestandteil bodenschonender Anbauverfahren nicht mehr wegzudenken. Alternativen stecken häufig noch in der Testphase.

Schwer ersetzbar

Eine große Menge an Glyphosat wird jedoch dazu verwendet, Straßenränder und Bahndämme, private Gärten oder Kinderspielplätze unkrautfrei zu halten. Univ.-Prof. Günter Neumann von der Universität Hohenheim sieht mehr Sachverstand bei der Anwendung des Herbizids für dringend geboten. Er setzt sich für einen gezielteren Einsatz des Mittels ein. Doch ein komplettes Verbot hält er für kontraproduktiv. Die Vorteile beim Einsatz in bodenschonenden Anbauverfahren seien derzeit nicht mit anderen Methoden zu erreichen. Neumann geht auch davon aus, dass ein Totalverbot von Glyphosat das Problem der Rückstände in der Nahrungskette nicht grundlegend verändern würde.

Problemverlagerung

„Für die Futter- und Nahrungsmittelindustrie wird in großem Maßstab Soja importiert, und das stammt überwiegend von glyphosatresistenten Sorten.“ Außerdem könne es vom Regen in die Traufe führen: „Das würde wohl zunächst eher die Verwendung anderer herbizider Wirkstoffe begünstigen, die oft deutlich weniger untersucht und

Gier nach billiger Produktion: Problemstelle Palmöl



Der sprunghafte Verbrauchsanstieg führt zur Rodung von riesigen Regenwaldflächen in den Hauptanbaugebieten Indonesien und Malaysia. Dieser Raubbau könnte verhindert werden, wenn auf heimische Fette zurückgegriffen würde, die gleichzeitig auch gesünder sind.

Foto: pixabay

Demonstration gegen TTIP und CETA auch in Linz



Allein in Linz folgten mehr als 7.000 Bürger dem Aufruf, gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA zu demonstrieren. In Wien waren es 10.000 und in der BRD gar 200.000 Menschen. Die Zivilgesellschaft zeigt damit deutlich, dass sie ein Untergraben demokratischer Prozesse nicht hinnehmen will.

Foto: Flickr, Global 2000 (CC BY-ND 2.0)

Starkem wurde: vielleicht

gegebenenfalls sogar problematischer sind als Glyphosat“, so Neumann weiter. Über mögliche Nebenwirkungen dieser Herbizide auf sogenannte Nicht-Zielorganismen – also Tiere und Pflanzen die durch das Mittel nicht geschädigt werden sollen – ist nur sehr wenig bekannt. 2014 wurde dazu eine Studie der Universität für Bodenkultur (BOKU) veröffentlicht. Johann Zaller, Professor für Ökologie an der BOKU und Leiter des

Foto: pixabay

Bodenorganismen

Forschungsteams, zu den Ergebnissen: „Das verwendete Unkrautvernichtungsmittel mit dem Hauptwirkstoff Glyphosat hatte in der vorgeschriebenen Dosis deutliche Nebeneffekte auf Bodenorganismen. Regenwürmer waren tendenziell dicker und weniger aktiv; die Besiedelung der Pflanzenwurzeln und des Bodens mit Mykorrhizapilzen war deutlich reduziert.“ Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) hat dazu folgende Stellungnahme abgegeben: „Unter Anbetracht der festgestellten Unsicherheiten der Studie ist eine direkte Berücksichtigung auf Basis einer quantifizierten Aussage der Studie im Rahmen eines Bewertungsverfahrens eher nicht möglich. Es ist aber auch festzuhalten, dass definitive Effekte auf Regenwürmer festgestellt wurden. Eindeutige und ausschließliche Zusammenhänge zwischen den beobachteten Effekten und Glyphosat können auf Basis der Studie nicht festgestellt werden.“



Rekordschadenssumme liegt bei 250 Mio. Euro

Unwetter und Frost führten zu massiven Ernteausfällen

Normalerweise reduzierte sich die Zahl der Betriebe um rund zwei Prozent pro Jahr. „Es wäre fast ein Wunder, wenn es heuer nicht mehr sind“, sagt der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer, Josef Plank.

Ende April verursachten Temperaturen von bis zu minus sechs Grad schwere Frostschäden auf insgesamt mehr als 25.000 Hektar. Besonders betroffen waren die Steiermark, das Burgenland und Niederösterreich. Durch den milden Winter war der Vegetationsbeginn heuer 14 Tage früher, das war die Ursache für den katastrophalen Schaden. „Insgesamt rechnen wir mit einem Gesamtschaden in der Landwirtschaft

von deutlich über 200 Millionen Euro“, so schätzte Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung den Schaden Ende April ein. Die Kirschenenernte in Oberösterreich musste einen Ernteausfall von ca. 90 Prozent hinnehmen. Experten gehen in der Steiermark von einem Einbruch der Apfelproduktion von 88 Prozent aus und im Kamptal (Bezirk Krems), müssen manche Weinbauern Ernteausfälle von bis zu 100 Prozent befürchten. Hagel, Starkregen und Überschwemmungsschäden in vielen Orten Österreichs läuteten Ende Mai den zweiten Abschnitt der „Katastrophensaison“ ein. Summiert

man alle Schäden des heurigen Jahres (Stand August 2016), werden die Gesamtschäden des Vorjahres bereits übertroffen. Man spricht von einer Schadenssumme von mindestens 250 Millionen Euro. Als Hilfsmaßnahme aufgrund der Frostschäden und auch des Erzeugerpreistiefs bei Milch und Schweinefleisch hat der Ministerrat im Juli beschlossen, dass alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe heuer einen Quartalsbeitrag für die Sozialversicherung ausgesetzt bekommen. Bis 2019 werden diese aber nachzahlen sein. Um die Frostschäden auszugleichen soll auch Geld aus dem Katastrophenfonds fließen.



Hoch am Berg...

Milchwirtschaft im Berggebiet

Die Aufhebung der Milchkontingentierung und dem darauffolgenden Preisverfall hat unsere Milchviehbetriebe an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht. Wenn von der Politik keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wird es zu einer noch nie dagewesenen Schließungswelle unserer Milchviehbetriebe kommen, mit fatalen Folgen für den gesamten ländlichen Raum und die Berggebiete unserer Heimat. Ohne Milchwirtschaft wird es keine flächendeckende Bewirtschaftung der Bergge-

Rudolf Dilly

biete mehr geben, weil ganz einfach die wirtschaftlichen Alternativen fehlen. Mit dem Niedergang der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten stirbt auch die vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette.

Beispiele für solche fatalen Entwicklungen gibt es in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa. Umso erschreckender ist es, dass die ÖVP-dominierte Agrarpolitik diese Entwicklung mit einer Kaltschnäuzigkeit hinnimmt die ihresgleichen sucht. Von der heimischen Agrarpolitik gibt es keine Lösungen und die von der EU vorgeschlagenen Mengenbegrenzungsmaßnahmen bringen keine dauerhafte Absicherung unserer Milchviehbetriebe.

Die Freiheitliche Bauernschaft ist stets für die Beibehaltung der Milchkontingentierung eingetreten und fordert die Wiedereinführung.

Wir sind noch einen Schritt weiter gegangen und fordern überdies eine dauerhafte wirtschaftliche Absicherung der Milchwirtschaft im Berggebiet!



„Eine Alm ist kein Streichelzoo“: Die LK-Tirol informiert über Versicherung gegen Kuhattacken

Nach einem Sommer ohne Kuhattacken im vergangenen Jahr häufen sich heuer wieder die Medienmeldungen von Angriffen auf Almen, Weiden und Wanderwegen. Die Landwirtschaftskammer in Tirol startete 2015 gemeinsam mit dem Alpenverein und der Seilbahnwirtschaft eine Informationsoffensive. Ratgeber unter dem Motto „Eine Alm ist kein Streichelzoo“ wurden aufgelegt und Warnschilder für Almweiden produziert. Auch wurde eine Möglichkeit geschaffen, dass sich Bauern gegen Angriffe ihrer Kühe versichern können.



Mykotoxine in der Nahrungsmittelproduktion: Die meist unsichtbare Gefahr für Nutztiere im Futtermittel

„Die FAO schätzt, dass bis zu 25 Prozent der Weltproduktion von Nahrungsmitteln mit Mykotoxinen kontaminiert sind. Etwa 20 Prozent der Getreideernte der EU enthalten messbare Mengen von Mykotoxinen“, schreibt die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES).

Mykotoxine sind Stoffwechselprodukte verschiedener Schimmelpilzarten. Je nach Witterung reichern sie sich in den Feldfrüchten an. Für Mensch und Tier sind sie gesundheitsschädlich. Deshalb werden im Rahmen der jährlichen amtlichen Kontrollen Schwerpunktaktionen durchgeführt. Besonders gefährdet sind Nutztiere (Schwein, Geflügel und Pferd), die verschimmeltes Futtermittel aufnehmen. Schweine reagieren empfindlicher als

andere Tierarten auf Mykotoxine. Die Pilzgifte verursachen beispielsweise geringe Tageszunahmen, Unruhe, Durchfall, Umrauschen und kleine Würfe oder geschwächte Tiere, die auf Impfstoffe und Antibiotika kaum ansprechen. Weiters stellen sie eine Gefahr für viele Organe und Gewebe des Schweines dar. Besonders betroffen sind Leber, Darm, Nieren und das Immunsystem.

Aflatoxine sind Pilzgifte von bestimmten Pilz-Stämmen, die vor allem in subtropischen und tropischen Gebieten und weniger in Anbaugebieten der gemäßigten Klimazonen bedeutsam sind. Für Europa gelten sie deshalb als „importierte Toxine“. Betroffen ist vor allem Mais aus den USA, Südamerika und einigen tropischen Ländern Afrikas,

Getreidesorten wie Reis und Hirse oder bestimmte Leguminosen (Ackerbohnen, Soja). Die Möglichkeit der Krebsverzeugung ist in verschiedenen Tierversuchen sicher bewiesen, es zählt zu den am stärksten bekannten krebsauslösenden Substanzen, so das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Hauptzielorgan ist die Leber. Die EU führte entsprechende Maßnahmen durch, um das Auftreten von Aflatoxinen bei verschiedenen Lebensmitteln zu minimieren, es wurden Höchstwerte festgelegt. Erzeugnisse, bei denen die Höchstwerte überschritten werden, dürfen in der EU nicht in Verkehr gebracht werden, so die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Weniger Schweine und Rinder in Österreich



Der Bestand an Schweinen und Rindern in Österreich hat sich im Sechsmonatszeitraum bis 1. Juni 2016 verringert. Die Zahl der Schweine sank um 6,3 Prozent bzw. 179.000 Stück auf 2,67 Millionen, jene der Rinder ging um 1,3 Prozent bzw. 25.100 Tiere auf 1,93 Millionen zurück, wie die Statistik Austria mitteilte.

Foto: pixabay

Ach du dickes Ei: Bayerns Hennen knacken Rekord



Bayern stellt neuen Rekord auf: 3,5 Millionen Hennen legten im ersten Halbjahr 2016 insgesamt 511 Millionen Eier. Knapp die Hälfte der Eier stammt aus großen Betrieben mit 30.000 und mehr Tieren. Diese Betriebe bringen es im Schnitt auf 63.000 Hennen, die 148 Eier pro Huhn produzierten. Jedes zehnte Ei stammt aus einem Bio-Betrieb.

Foto: pixabay

Diese Förderung gibt's nur, wenn Sie nicht liefern: Milchreduktionsmaßnahme

Ab Oktober 2016 will Österreich eine freiwillige Milchmengenreduktion mit finanzieller Unterstützung durch die EU umsetzen. Für einen Zeitraum von sechs Monaten wird für jedes nicht gelieferte Kilogramm Milch 14 Cent gezahlt - bis zum Erreichen der verfügbaren finanziellen Mittel.

Das Hilfspaket besteht aus einer EU-weit angebotenen Milchreduktionsmaßnahme und einer von den Mitgliedstaaten zu gestaltenden außergewöhnlichen Anpassungsmaßnahme. Die Milchreduktionsmaßnahme ist ein auf EU-Ebene erstmals zur Anwendung kommendes frei-



Foto: pixabay

williges Instrument zur Mengensteuerung. Ziel der Maßnahme sei es, das Angebot an die Nachfrage heranzuführen und so die Grundlage für bessere Milchpreise zu schaffen. Damit soll ein wichtiges Signal am internationalen Milchmarkt gesetzt werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind daher ein Ange-

bot an die Milchbetriebe, ihre Anlieferungsmenge über ein halbes Jahr von Oktober 2016 bis März 2017 zu reduzieren, heißt es aus dem Ministerium. Auf Initiative von Österreich konnte erreicht werden, dass die Mindestantragsmenge von ursprünglich 3.000 Kilogramm Milch auf nunmehr 1.500 Kilogramm halbiert wurde. Damit wird kleineren Betrieben der Zugang zur Maßnahme erleichtert. Für diese Maßnahme stehen 150 Mio. Euro EU weit zur Verfügung. Weitere 5,86 Mio. Euro davon erhält Österreich für nationale Entlastungsmaßnahmen.

Pferde bald als Nutztier anerkannt?



Die Nachfrage an Pferden nimmt wieder zu. Die Pferdezüchter würden sich aber wünschen, dass das Pferd endlich als Nutztierasse anerkannt wird und landwirtschaftliche Betriebe Pferde auch an landwirtschaftliche Flächen binden. Derzeit wird das Pferd in Österreich als Luxusartikel gehandelt. Der Nutzfaktor wird noch unterschätzt.

Foto: pixabay

Bio beim Einkauf wichtiger als in der Gastronomie Bio wächst im Einzelhandel

Bioprodukte haben sich im Lebensmittelhandel zu einem wichtigen Marktsegment entwickelt. In der Gastronomie ist Bio aber noch ein zartes Pflänzchen und der Anteil derzeit gering. Gründe dafür sind der höhere Aufwand beim Einkauf der Zutaten - hinsichtlich Verfügbarkeit und Preis - und Hürden der Zertifizierung.

Acht Prozent aller Frischeprodukte (exklusive Brot und Gebäck) werden in Bioqualität gekauft. Den höchsten Anteil verzeichnen Eier und Milch, gefolgt von Gemüse sowie Kartoffeln. Ebenfalls über dem

Durchschnitt liegt der Anteil bei Joghurt, Butter und Obst. Unterdurchschnittlich fällt dieser bei Fleisch und Geflügel sowie bei Wurst und Schinken aus. Während Biolebensmittel im Handel ihre Regalfläche fix behaupten, steht ihr Einsatz in der Gastronomie erst am Beginn. Rund zwei Prozent der im Gastronomie-Großhandel gekauften Lebensmittel stammen aus Biolandwirtschaft. Etwas höher sind die Anteile bei Milch und Milchprodukten sowie Obst und Gemüse, gering hingegen jene bei Fleisch und Wurstwaren.

Die AMA lädt wieder zu Bioaktionstagen: Die öster-



Foto: pixabay

reichweiten Bioaktionstage im September sind bereits zur Tradition geworden. Bioinfo-points in den Landeshauptstädten laden ein, Bioprodukte zu verkosten und mit Biobäuer-

rinnen zu plaudern. Außerdem sind an stark frequentierten Plätzen Bioboten mit ihren Lastenrädern unterwegs und verteilen Biomilch und Bioäpfel.

Liberalisierung und andere Leiden nationaler Was droht uns Land

Im Jahr 2009 sanken die Erzeugerpreise der pflanzlichen Erzeugung der EU auf einen Tiefstand, eine Folgeerscheinung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Bis 2013 war eine Zunahme zu verzeichnen. Den jüngsten verfügbaren Informationen zufolge fiel der Wert der pflanzlichen Erzeugung 2014 in der EU jedoch wieder um 4,8 %. Das geht aus den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) hervor. Für Äpfel etwa sind die Preise in der EU von 2013-2015 um 26 % gefallen, in Deutschland sogar um 40 %.

Wegen der reichlichen Ernten in den vergangenen Jahren in vielen Regionen der Erde, sind die internationalen Getreidemärkte sehr gut versorgt. Der Internationale Getreiderat (IGC) rechnet für 2016/17 mit der höchsten Weltgetreideernte aller Zeiten. Auch Russland erwartet einen Exportrekord bei Weizen. Für die EU geht die Europäische Kommission jedoch von einer Erntemenge aus, die deutlicher niedriger als im Vorjahr ausfällt und auch unter dem mehrjährigen Durchschnitt liegen wird. Die deutsche Getreide- und Rapserte fällt in diesem Jahr

unterdurchschnittlich aus. In weiten Teilen des Landes gab es phasenweise zu reichliche Niederschläge. Auch in Österreich

TTIP und CETA sind keine Chance für uns Landwirte sondern eine Bedrohung

LKR Ing. Franz Graf

liegt die Erntemenge bei Raps unter den Erwartungen. Die Frostschäden während der Blüte waren höher als erwartet. Eine europäische Eigenversorgung mit Raps soll daher unwahrscheinlich sein.

Problem bei Weizen

Die Weizenenerträge sind in Österreich hingegen überdurchschnittlich, die Qualität jedoch nicht. Auch aus anderen Staaten der EU werden Qualitätsprobleme gemeldet. Die Proteinwerte sind deutlich niedriger als in den Vergleichsjahren. Die Landwirtschaftskammer Österreich rechnete in ersten Schätzungen mit einer Steigerung der Getreideernte (ohne Mais) von 2%, das sind 7% über dem Fünfjahresschnitt. Auch

Rumänien und Russland berichten von einer sehr hohen und guten Produktion.

„Die reichliche Marktversorgung prägt auch die Preisentwicklung an den internationalen Märkten in den letzten Jahren.

Märkte gesättigt

Der FAO-Index der Getreidepreise an den internationalen Märkten lag im Juli 2016 um 5,6 Prozent unter Vormonat und um 11 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Er erreichte zugleich den tiefsten Stand seit sechs Jahren“, so das deutsche Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. „Ein wichtiges Element der aktuellen EU-Agrarpolitik ist die Abkehr von der Preisstützung, die vorgenommen wurde, damit die Preise die Marktkräfte und die Angebots- und Nachfrageveränderungen genauer widerspiegeln“, so Eurostat. Das heißt, die Förderun-

Konkurrenzdruck

gen sollen laut Plan eingestellt werden, wer nicht konkurrenzfähig ist, wird weichen müssen. „Der Agrarausblick 2016-2026“ der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Welternährungsorganisation (FAO) herausgegeben wurde,

Es sind Bilder wie dieses, die den Konsumenten die heile Welt der Landwirtschaft vorgaukeln. In Wirklichkeit ist es ein harter Markt, der viele Bauern in den Ruin getrieben hat. Die Schuld dafür trägt aber nicht der Landwirt, sondern die Politik, die ein gefährliches Spiel treibt.



Foto: pixabay

interpretiert die Ursachen der angespannten Situation auf dem Agrarmarkt folgendermaßen: „Die Preise für die wichtigsten Anbaukulturen, tierischen Erzeugnisse und Fischprodukte sind 2015 zurückgegangen, was

„Die Erhaltung unserer kleinstrukturierten österreichischen Landwirtschaft ist unser Ziel. Angesichts der stetig sinkenden Weltmarktpreise und die damit verbundenen mangelnden Qualitätsstandards vieler importierter Produkte, müssen wir unsere heimische Landwirtschaft schützen. Wir sollten uns an Kanada ein Beispiel nehmen und Schutzzölle für bestimmte Importprodukte einführen. Dort

sind Milch und Fleischproduktionen seit Jahrzehnten kontingentiert und damit liegen auch die Preise für die kanadischen Farmer immer um mehr als 20 Prozent über den europäischen. Mit dieser Maßnahme könnten wir die wirtschaftliche Existenz der Produzenten und die hohe Qualität unserer heimischen Produkte sicherstellen. Wir dürfen unsere Bauern nicht am Weltmarkt verhungern lassen!“



Foto: FB-ÖÖ

Regionaler Agrarmärkte Landwirten nun?



darauf hindeutet, dass die Ära der hohen Preise sehr wahrscheinlich in allen Teilssektoren vorüber ist. Die Hauptfaktoren für die gesunkenen Preise sind mehrere Jahre kräftigen Angebotswachstums, die Abschwächung des Nachfragewachstums infolge des allgemeinen Konjunkturabschwungs, die niedrigeren Ölpreise und die weitere Erhöhung bereits sehr großer Lagerbestände.“ Zukünftig rechnet die OECD/FAO damit, dass die Nachfrage nach Nahrungsmitteln sich nach und nach verlangsamen wird. Das Bevölkerungswachstum, die Hauptursache

für die steigende Nachfrage, werde nachlassen. Gleichzeitig werde das Einkommen in den aufstrebenden Volkswirtschaften nur schwach anwachsen. Zudem würden Verbraucher immer weniger dazu bereit sein, für den Konsum von Grundnahrungsmitteln, ihre Einkommenszuwächse auszugeben. Angesichts der Tatsache, dass relativ wenige Länder über reichlich natürliche Ressourcen verfügen, wird dem Handel für die globale Ernährungssicherheit eine wichtigere Rolle zukom-

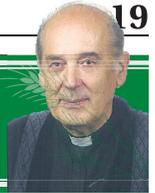
Preisdruck steigt

men. Zeitpunkt und Umfang des Bestandsabbaus würden jedoch eine wesentliche Unsicherheit für die Projektionen darstellen. Für die Zukunft der Landwirtschaft stellt der „Agrarausblick 2016-2026“ eine problematische Entwicklung für nationale Agrarmärkte in Aussicht. Mit dem Strom zu schwimmen und zu hoffen, dass alles wieder gut wird, könnte unser Land nachhaltig verändern. TTIP und CETA stehen vor unserer Tür. Es liegt an uns, endlich zu sagen, wohin wir gehen wollen, welche Türen wir öffnen und welche wir zustoßen!

men. Zeitpunkt und Umfang des Bestandsabbaus würden jedoch eine wesentliche Unsicherheit für die Projektionen darstellen.

Für die Zukunft der Landwirtschaft stellt der „Agrarausblick 2016-2026“ eine problematische Entwicklung für nationale Agrarmärkte in Aussicht. Mit dem Strom zu schwimmen und zu hoffen, dass alles wieder gut wird, könnte unser Land nachhaltig verändern. TTIP und CETA stehen vor unserer Tür. Es liegt an uns, endlich zu sagen, wohin wir gehen wollen, welche Türen wir öffnen und welche wir zustoßen!

Christlich
gesehen



„Dient einander mit
der Gabe, die er
empfangen hat“

(1. Petrusbrief 4,10)

Weit scheint die Welt und leider auch unsere Heimat von diesem Wort Gottes entfernt zu sein, dabei sind wir noch nicht am Ende. Tatsache ist: 30 Prozent der weltweiten Produktion der Nahrungsmittel werden nicht gegessen. Meine Mutter und meine Großeltern haben oft zu mir gesagt: „Du darfst nichts verschwenden, sondern alles ist Gottes Gabe.“

Es ist unmoralisch, wenn die Landwirte für einen Liter Milch nur 29,84 Cent bekommen, während im Geschäft ein Liter über einen Euro kostet. Auch die Medienberichte,

Pfarrer Enichlmayr

dass die Bauern dafür Förderungen in Millionenhöhe erhalten, lassen eher den Neid in der Bevölkerung wachsen, als die dramatische Situation für die Milchbauern zu verbessern. Letztendlich sind es nur ein paar Hundert Euro, die ein Betrieb tatsächlich bekommt. Davon kann er nicht leben: „Es genügt nicht, dem Menschen das Recht auf das Lebensnotwendige zuzugestehen, ohne nach Kräften dahin zu wirken, dass ihm auch das, was zum Lebensunterhalt gehört, in genügendem Maße zur Verfügung steht.“ (vgl. Johannes XXIII. *Pacem in terris*, Deutsche Ausgabe, Rom 1963, S.11). Dabei ist die Pflege der Kulturlandschaft notwendig für den Fremdenverkehr. Nachdem Gott für viele heute kaum mehr ein Wert ist, sind auch andere Werte der Gesellschaft ins Wanken geraten, wie soziale Gerechtigkeit, Subsidiarität und die Sorge um die bodenständige bäuerliche Gesellschaft. Achten wir darauf, dass große Konzerne und Zusammenschlüsse den Bauern nicht zu ihrem Spielball machen. Wir sollten gleich am Anfang dazu ein kräftiges Nein sagen!

DDr. Johannes Enichlmayr (78) aus Ohlsdorf bei Gmunden, studierte Theologie in Linz, Graz und Lublin/Polen. Seit 1993 ist er Herausgeber der Zeitung „Neuevang. Evangelisierung“.

Besitzt ein besonderes Demokratieverständnis: EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Es sei falsch, davon auszugehen, dass nur nationale Parlamente demokratische Kontrolle gewähren könnten, so Juncker bei einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs ▷



Den Handel um jeden Der Freihandel

In der EU wird kräftig die Werbetrommel für die Freihandelsabkommen CETA und TTIP gerührt. Die amerikanischen Unternehmen und Arbeitgeber haben bereits Erfahrungen mit dem Freihandel gesammelt: 1994 wurde zwischen den USA, Mexiko und Kanada das NAFTA-Abkommen eingeführt. Was waren die Auswirkungen? Wird damals wie heute mit denselben Parolen geworben?

In der EU wird kräftig die Werbetrommel für die Freihandelsabkommen CETA und TTIP gerührt. Die amerikanischen Unternehmen und Arbeitgeber haben bereits Erfahrungen mit dem Freihandel gesammelt: 1994 wurde zwischen den USA, Mexiko und Kanada das NAFTA-Abkommen eingeführt. Was waren die Auswirkungen? Wird damals wie heute mit denselben Parolen geworben?

In einem Interview mit dem Umweltinstitut München zog Celeste Drake, Handelsexpertin im amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO, Bilanz über die vergangenen zwanzig Jahre Freihandel. Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze – damit werben die EU-Regierungen heute für TTIP und CETA. Die Versprechen vor der Einführung von NAFTA waren dieselben.

„Die Unterstützer versprochen 200.000 neue Arbeitsplätze durch NAFTA – manche sprachen sogar von 200.000 Jobs pro Jahr, weil sie die Prognosen falsch interpretierten oder absichtlich

falsch darstellten“, so Drake. „Sie versprachen auch, dass die Nebenabsprachen über Umwelt und Arbeit die Standards für Arbeitnehmer in Mexiko erhöhen und Umweltverschmutzung verhindern würde. Und sie verspra-

Leere Versprechungen

chen, dass in Mexiko endlich eine starke Mittelschicht wachsen würde und die Migration von Mexiko in die USA aufhören würde.“

Nichts davon sei jedoch eingetreten: „Die soziale Ungleichheit ist in allen drei Ländern gestiegen. Mehrere Millionen mexikanische Bauern und Bäuerinnen gaben die Landwirtschaft auf, weil sie gegen subventionierte US-Agrarexporte keine Chance hatten.“ Auch beim wichtigsten Versprechen, nämlich neue Arbeitsplätze zu schaffen, habe NAFTA deutlich versagt: „Das Economic Policy Institute schätzt, dass fast 700.000 Arbeitsplätze aus den USA nach Mexiko verlagert wurden, weil die Lohnkosten hier deutlich niedriger sind.“ Die einzigen, die von NAFTA wirklich profitiert hätten, seien globale Firmen gewesen, setzt Drake fort. Schauen Sie sich die gesamte Wirtschaft an, dann „konzentrieren sich die Gewinne bei denen, denen es ohnehin schon gut geht.“

Angst vor dem Volk

Ende Juni war in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen, dass die Parlamente der europäischen Staaten, nach dem Willen der EU-Kommission, von der Entscheidung über das ausgehandelte Freihandelsab-

Preis stärken soll die Lösung sein? Wandel als Allheilmittel

In der Bevölkerung wächst der Unmut über die Bevormundung aus Brüssel. Erst am 18. September gingen in Wien mehr als 10.000 Menschen auf die Straße um gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu demonstrieren.



Foto: Flickr, GLOBAL 2000 (CC BY-ND 2.0)

kommen mit Kanada (CETA) ausgeschlossen werden sollen. Der EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker teilte dies beim Brüsseler Gipfel den Staats- und Regierungschefs

nach seiner Aussage um das beste Handelsabkommen, das Europa jemals vereinbart habe. Auf die Kritik aus Österreich reagierte Juncker: „Hören Sie mit dem österreichischen Klamauk

Konstrukt ist und sich immer weiter von den Interessen der Nationalstaaten und der Bevölkerung entfernt“, so Hofer.

ÖVP & Bauernbund

Der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP) verteidigt hingegen das Vorgehen der EU. Dabei handle es sich seiner Meinung nach um ein reines Handelsabkommen, also würde die Verantwortung dazu bei der EU liegen. Wenn etwas auf EU-Ebene entschieden wird, ist es deswegen nicht undemokratisch. Die EU sei ja keine Diktatur, so Hahn. Für die Landwirtschaft scheint CETA ein Spiel mit dem Feuer zu sein. Die Bedenken wer-

den jedoch von der ÖVP und der Landwirtschaftskammer ignoriert. „Es wird 14-fache Quoten für Fleischimporte aus Kanada geben, ohne nennenswerte Naturschutz- und Tierschutzaufgaben. Erklärte Absicht des Abkommens ist damit die Senkung der Erzeugerpreise in Europa. Dies ist das Letzte, was die Landwirtschaft gebrauchen kann“, so Jürgen Maier, Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung in Berlin.

„...Hören Sie mit dem österreichischen Klamauk auf...“

Jean-Claude Juncker

mit. CETA solle als reines EU-Abkommen eingestuft werden.

Dass das Freihandelsabkommen am Widerstand der nationalen Parlamente scheitern könnte, ist wohl die größte Angst der EU-Kommission. Es sei falsch, davon auszugehen, dass nur nationale Parlamente demokratische Kontrolle gewähren könnten, sagte Juncker bei diesem Gipfel. Eine solche Vorstellung schwäche die Grundidee der EU. Bei CETA handle es sich

auf, so zu tun, als ob ich mich an der österreichischen Demokratie vergreifen würde, ich respektiere sie.“

Norbert Hofer

Der Dritte Präsident des Nationalrates Norbert Hofer bedauert die Haltung der EU-Kommission und forderte in der Folge Juncker auf, seine Linie zu korrigieren. „Damit zeigt die EU-Behörde einmal mehr, dass sie ein zentralistisch gesteuertes

„Hingehen statt blöd schauen“, diesem Aufruf folgten tausende Menschen in Wien, Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg ▷



Foto: Flickr, GLOBAL 2000 (CC BY-ND 2.0)



Ins Horn gestoßen

Entschädigungs-sätze erhöhen

Die zunehmende Bodenversiegelung in Österreich sorgt für Unmut nicht nur bei den Bauern. Derzeit besteht für die öffentliche Hand keinerlei Veranlassung, mit land- und forstwirtschaftlichen Flächen sparsam umzugehen. Die Grundstückspreise für diese Flächen liegen sehr niedrig. Vor allem der Straßenbau entwickelt sich in den letzten Jahren zu einem regelrechten „Flächenfraß“ an landwirtschaftlichen Flächen. Auch die verhältnismäßig niedrigen Entschädigungssätze sorgen für Unverständnis bei unseren

Alois Affenzeller

Landwirten und Grundbesitzern.

Beim Bau der S10 von Unterweikersdorf bis Freistadt wurden beispielsweise 260 Hektar Grund von den Bauern für die Straße abgetreten. Dabei wurden 66 Hektar für die Straße gebraucht und damit versiegelt und 194 Hektar wurden als Ausgleichsmaßnahmen, wie etwa ökologische Vorrangflächen, verwendet.

Beim Straßenbau erfolgt auf den ehemaligen landwirtschaftlichen Grundflächen keine weitere landwirtschaftliche Nutzung mehr. Stattdessen werden im Zuge einer Straßenanlage Böschungen, Wassergräben, Wasserschächte und sogenannte Ausgleichsflächen geschaffen. Daher fordert die Freiheitliche Bauernschaft, die Entschädigungssätze für land- und forstwirtschaftliche Flächen nach den örtlichen Baugrundstückspreisen anzugleichen. Das sorgt hoffentlich für einen sensibleren Umgang mit wertvollen bäuerlichen Flächen.



Bauernsterben zwingt nun auch die LK-Oberösterreich, Sparmaßnahmen einzuleiten

Die rückläufige öffentliche Finanzierung, das Bauernsterben und die Digitalisierung zwingen die Landwirtschaftskammer zu Einschnitten. Sie legt in den nächsten zweieinhalb Jahren die Dienststellen der Bezirksbauernkammern zusammen. Im Jahr 2019 wird es nur mehr acht statt 15 Dienststellen geben. Die Reform soll langfristig Einsparungen von etwa 1,5 Millionen Euro im Jahr bringen. Ohne diese Maßnahmen würde der Haushaltsabgang bis 2020 auf rund zwei Millionen Euro steigen. Derzeit betreut die Kammer zwischen 750 und 2.400 Höfe.

CETA trojanisches Pferd für zehntausende US-Konzerne

LKÖ-Präsident ist für CETA

Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung sprechen sich für CETA aus. Die Arbeiterkammer sieht hohe Risiken auf die Bürger zukommen. Der Europaabgeordnete Franz Obermayr bezeichnet CETA als „trojanisches Pferd“.

Hermann Schultes, der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, sprach sich kürzlich für das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) aus. „Bei CETA hat man von vornherein klargestellt, dass man im Bereich der Landwirtschaft und der

Lebensmittel die Standpunkte des anderen respektieren will“, meinte Schultes, der hinzufügt: „Wir finden in diesem Vertrag viele unserer Bedenken berücksichtigt.“ CETA sei nicht mit TTIP vergleichbar. Schultes spricht von einer großen Chance für die heimischen Bauern.

Geringe positive Effekte, gepaart mit hohen Risiken, damit rechnet die Arbeiterkammer. „Die Risiken und die damit verbundenen Kosten können für unsere Bürgerinnen und Bürger sehr hoch werden“, so der AK-Präsident Rudi Kaske. Nach Mei-

nung der EU-Kommission soll CETA unabhängig von der ablehnenden Haltung der nationalen Parlamente provisorisch in Betrieb gehen, berichtet der EU-Abgeordnete Franz Obermayr aus Brüssel, der Mitglied des Ausschusses für internationalen Handel ist. „Und diejenigen, die auf das Scheitern des TTIP-Abkommens hoffen, seien gewarnt: Zehntausende US-Konzerne werden ihre Tochterfirmen in Kanada nutzen, um im Rahmen von CETA Vorrechte gegenüber unseren europäischen Firmen wahrzunehmen.“

Freiheitliche Bauernschaft fordert Sofortmaßnahmen

Der unregelmäßige europäische Milchmarkt zusammen mit den Wirtschaftssanktionen gegen Russland haben für die Milchbauern zu einer existenzbedrohenden Situation geführt.

In den Gunstlagen Europas ist durch die Aufhebung der Milchkontingentierung die Produktion um bis zu 40 Prozent gestiegen, was zu einem enormen Überangebot an Milch und einem rasanten Preisverfall geführt hat. Um die Milchproduktion auch weiterhin im heimischen Alpengebiet zu erhalten, stellte die Freiheitliche Bauernschaft OÖ im Juni einen Resolutionsantrag an die

Vollversammlung der Landwirtschaftskammer. In diesem Antrag wurden wirkungsvolle Sofortmaßnahmen für unsere Milchbauern gefordert.

Landwirtschaftsminister André Rupprechter solle für die Milch-

bauern solange Ausgleichszahlungen zur Verfügung stellen, bis eine wirksame Mengenregulierung am Milchmarkt wieder greift. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, ist unser Wirtschaftsstandort gefährdet.





FB-Forderung: Ausgleichszahlungen müssen termingerecht ausbezahlt werden

Die Freiheitlichen Bauern fordern angesichts der angespannten Marktlage, dass die Ausgleichszahlungen noch in diesem Jahr ausbezahlt werden. „Diese Zahlungen haben einen wichtigen Anteil am Einkommen der bäuerlichen Betriebe. Durch den Preisverfall für bäuerliche Produkte ist die finanzielle Lage der Bauern enorm angespannt. Eine Verzögerung der Überweisung der finanziellen Mittel kann daher für viele Betriebe enorme Konsequenzen nach sich ziehen.“

Foto: pixabay

Wir Bauern



Weniger ist oft mehr

Die Kammer tut sich als politischer Interessensvertreter von uns Land- und Forstwirten traditionell nicht leicht. Und zwar ganz einfach deshalb, weil sie gegen ein schwarzes Landwirtschafts-, korrekt natürlich Lebensministerium, den neuen vollen Namen will ich mir ersparen, eine natürliche Beißhemmung hat. Daher war sie auch am effizientesten, als es einen roten Agrarminister gab. Und alle die sich noch daran erinnern, sagen, das waren nicht die schlechtesten Zeiten für die Bauern. Wo die Landwirtschafts-

Franz Graf

kammer ein viel weiteres Betätigungsfeld hat, ist die direkte betriebliche Interessensvertretung. Genehmigungen, Widmungen, Aufzeichnungen und Dokumentationen haben in den vergangenen Jahren derart überhand genommen, dass der Bedarf an Unterstützung bei den Behörden immer größer wird. Diese Arbeit wird auch überwiegend gut von den Mitarbeitern im Sinne der Mitglieder erledigt. Die Frage ist nur, ob da nicht ein Großteil des „Bedarfes“ hausgemacht ist. Gesetze und Verordnungen so zu erlassen, dass ein Spielraum für unterschiedliche Auslegungen bei den Ländern, BHs und Gemeinden entsteht, ist nicht gerade dienlich für das Vertrauen des Einzelnen in den Rechtsstaat. Und gleichzeitig ein offenes Feld für Vetternwirtschaft und Klientelpolitik.

Da ist es höchst an der Zeit für Gesetzesreformen - sprich: ausmisten - und echten Vereinfachungen, zum Beispiel bei den Aufzeichnungen.

Foto: Wikimedia, Ifreak87 CC-BY-SA 4.0



Wird Österreich zur Betonwüste?

Sorgloser Umgang mit unserem Boden ist Gefahr für Landwirte

Täglich werden in Österreich 22,4 Hektar Äcker und Wiesen zugebaut. Das entspricht umgerechnet Tag für Tag der Fläche von 31 Fußballfeldern. Die freiheitliche Bauernschaft warnt bereits seit Jahren davor, dass durch diese Bauwut die Versorgung mit Lebensmitteln für die Bevölkerung massiv eingeschränkt werden könnte.

Pro Tag wird in unserer Heimat ein Bauernhof durch Verbauung für Straßen, Siedlungen, Einkaufszentren oder Industriehallen zerstört. Diese Flächen stehen den nachfolgenden Generationen für die Produktion von Lebensmitteln nicht mehr zur Verfügung. Selbst bei einem Rückbau würde die Bodenverdichtung

eine landwirtschaftliche Nutzung auf Jahre und Jahrzehnte verhindern.

„Wir alle gehen mit der Lebensgrundlage Boden viel zu sorglos um. Wenn wir so weitermachen, haben wir in 200 Jahren keine Felder und Wiesen mehr, auf denen wir unsere heimischen Nahrungsmittel erzeugen können“, so etwa Kurt Weinberger, Initiator vieler Bodenschutzmaßnahmen. Die Freiheitliche Bauernschaft brachte im Juni 2016 in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ den Antrag ein, in einem ersten Schritt gegen den Bodenverlust, die Entschädigungssätze für land- und

forstwirtschaftliche Flächen bei Straßenabtretungen an die ortsüblichen Baulandpreise anzupassen. Damit soll der allzu sorglose Umgang mit wertvollen Acker- und Waldflächen eingeschränkt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nun ist die Landesregierung gefordert, die Bauernforderung aufzugreifen.



Bodenschutz-Initiator
Kurt Weinberger ▷



Bauern schützen, TTIP verhindern.

— **Mag. Franz Obermayr** —

— franz.obermayr@europarl.europa.eu —

Abgeordneter zum Europäischen Parlament und Mitglied
der ENF (Europa der Nationen und der Freiheit)

Die hier zum Ausdruck gebrachte Meinung liegt in der alleinigen Verantwortung des Verfassers und gibt nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments wieder. Dieses Inserat wurde mit Mitteln aus dem Budget für die Öffentlichkeitsarbeit des Abgeordneten finanziert.